

Erklärung der Hannoverschen Linken zur Aktion der Jungen Union vor dem Parteibüro der Linken am 13.08.2008

Freiheit durch Sozialismus

Die Absicht der Jungen Union, die neu gegründete Partei DIE LINKE. verantwortlich zu machen für Mauerbau und Stasi entbehrt nicht nur jeder Grundlage sondern ist ein plumper Versuch, von den brennenden Problemen der Menschen in der Bundesrepublik abzulenken. Wir verurteilen die Stasi samt ihrer Methoden genauso wie einen Überwachungsstaat á la Schäuble-Modell.

Die Menschen interessiert keine polemisch und ideologisch verzerrte historische Debatte. Sie interessiert mehr, ob sie morgen noch ihren Job haben, ob ihre Kinder eine Lehrstelle bekommen, wann endlich das überholte dreigliedrige Schulsystem durch eine moderne Gemeinschaftsschule ersetzt wird und warum es in Niedersachsen immer mehr Kinderarmut gibt. Wir fordern die Junge Union deshalb auf, zu einer inhaltlichen Debatte zurückzukehren, ihre Verantwortung für das gesellschaftliche Klima zu erkennen und ihre Diffamierungskampagne, die im hohen Maße anschlussfähig für Rechtsradikale ist, einzustellen.

Eine andere Politik ist möglich!

Das bloße Fortschreiten bisheriger Entwicklung ergibt keine Zukunft mehr. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. Wenn wir das gegenwärtige Wirtschaftssystem beibehalten, dann wird der Staat zum überforderten Reparaturbetrieb. Er soll durch soziale Nachsorge oder nachhinkenden Umweltschutz reparieren, was durch ökologisch und sozial unverantwortliches Wirtschaften zerstört wurde. Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften lässt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.

Aktuelle Umfragen unterstreichen den Bedarf nach gesellschaftlichen Alternativen: vor 10 Jahren hielten 30% der Westdeutschen „den Sozialismus für eine gute Idee, die aber im Osten schlecht verwirklicht wurde“. Heute sind 48% der Westdeutschen der Meinung, der Sozialismus sei eine gute Idee.

Mehr Demokratie wagen!

Wir wollen demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft, in den Massenmedien, in Bildung und Wissenschaften und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Die demokratischen Freiheitsrechte müssen umfassend gewährleistet und weiter ausgebaut werden. Die unverantwortliche Panikmache mit dem Ziel weiterer Grundrechtseinschränkungen, zum Beispiel durch sog. „Online-Durchsuchungen“ lehnen wir entschieden ab. Der weitere Ausbau der Repressions- und Geheimdienstapparate wird nicht zu mehr Sicherheit beitragen und gefährdet die freiheitlichen Grundrechte. Nur eine sozial gerechte Innenpolitik und eine friedliche Außenpolitik führen zu mehr Sicherheit und Freiheit für die Mehrheit der Menschen.

Wir verstehen uns daher als anti-kapitalistische Ratsgruppe, die an einer emanzipatorischen Tradition anknüpft. Wir wollen die Diskussionen über Alternativen zum Kapitalismus in der Gesellschaft fördern. Denn wir sind überzeugt, der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.